



Pressemitteilung

Samstag, 02. Oktober 2004

**„Religion ist öffentlich“
Erklärung der Religionen zum Tag der Deutschen Einheit**

Zum Tag der Deutschen Einheit haben die großen Religionsgemeinschaften in Deutschland im Türkisch-Islamischen Zentrum in München eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin setzen sie sich für das Recht der Religionen auf öffentliche Präsenz ein. Die vom Interkulturellen Rat in Deutschland herausgegebene Erklärung ist unterzeichnet von Dr. Henry Brand, Zentralrat der Juden in Deutschland, Dr. Na-deem Elyas, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Prof. Dr. Ingo Hofmann, Nationaler Geistiger Rat der Baha'i in Deutschland, Prof. Dr. Johannes Lähnemann, Religionen für den Frieden (WCRP/BRD), Dr. Jürgen Micksch, Interkultureller Rat in Deutschland, Barbara Rudolph, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und Dr. Alfred Weil, Deutsche Buddhistische Union.

Angesichts der gesellschaftlichen und juristischen Auseinandersetzungen um das Kopftuch muslimischer Lehrerinnen und das Kruzifix in deutschen Klassenzimmern nimmt die Erklärung Stellung zur Frage des Ausmaßes religiöser Bezüge in der Öffentlichkeit. Das friedliche Zusammenleben der Angehörigen unterschiedlicher Religionen könne nur gelingen, wenn den verschiedenen Religionsgemeinschaften im Rahmen der grundgesetzlichen Vorgaben staatlicherseits gleiche Rechte eingeräumt und gleiche Pflichten auferlegt würden. Dabei brauche die Öffentlichkeit den Einsatz der Religionen

- zum Wachhalten der Sinnfragen gegen einseitige Ideologien des Konsums und des Erfolgs;
- zur Fundierung der Ethik;
- zur kritischen und mahnenden Begleitung von politischen Prozessen im Sinne der sozial Schwachen und Marginalisierten;
- als Gewissen der Gesellschaft für ein solidarisches Miteinander der Generationen, für die Familien und die sozial Benachteiligten;
- zum Eintreten für die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens, besonders an seinen Grenzen;
- zur Wahrung eines reichen kulturellen Erbes in Literatur, Architektur, Kunst und Musik;
- zur Präsenz der Wertetraditionen, von denen unsere Gemeinschaft lebt, in der öffentlichen Erziehung;
- zur Stärkung des Engagements für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Natur.

Die Religionsgemeinschaften, so die Erklärung weiter, müssten sich jederzeit daran messen lassen, ob sie diese Funktionen in freiheitlich-demokratischer Weise wahrnehmen und sie Toleranz und Offenheit in wechselseitiger Achtung und in Achtung vor nicht religiös geprägten Menschen und Gruppen praktizieren. Die Präsenz der Religionen in der Öffentlichkeit werde dann dazu beitragen, die Gesellschaft lebendiger und humaner zu machen.